

Resolution

Wir, die Unterzeichner dieser Resolution, sind heute in Berlin zusammengekommen, um die neuen Träger des UmweltMedienpreises der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zu ehren. Mit dieser Veranstaltung dokumentieren wir, wie wichtig gerade in heutiger Zeit qualitativ hochwertiger, faktenbasierter Journalismus für den Schutz der Umwelt, aber auch für Demokratie und Gesellschaft ist.

Wenn wir jedoch über die Qualität von Journalismus nachdenken, setzen wir automatisch voraus, dass freier, unabhängiger Journalismus selbstverständlich ist. Das ist er aber nicht! Leider! Medienfeindliche Rhetorik, restriktive Gesetze und politische Einflussnahme auch in Demokratien haben zu einer Verschlechterung der Lage für Journalisten und Medien weltweit beigetragen, wie die Rangliste der Pressefreiheit 2017 von „Reporter ohne Grenzen“ belegt.

Aber Informationen sind der erste Schritt zu Veränderungen. Deshalb fürchten nicht nur autoritäre Regierungen eine freie, unabhängige Berichterstattung. Wo Medien nicht über Unrecht, Missbrauch von Macht oder Korruption berichten können, fehlt öffentliche Kontrolle. Es gibt keine freie Meinungsbildung und keinen friedlichen Ausgleich von Interessen. Artikel 19 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen (Dezember 1948) sagt: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ Wo nicht unabhängig berichtet werden darf und wo Menschen ihre Meinung nicht frei äußern können, werden auch andere Menschenrechte verletzt. Daher ist die Freiheit, zu informieren und informiert zu werden, auch ein zuverlässiger Gradmesser für die Achtung der universell gültigen Menschenrechte in einem Land.

In der Türkei hat sich die Lage für Journalisten und Medien seit dem Putschversuch verschlechtert. Neben zahlreichen türkischen Journalisten ist seit nunmehr 282 Tagen auch der „Welt“-Journalist Deniz Yücel inhaftiert. Wir fordern die türkische Regierung dazu auf, Yücel und andere Journalistinnen und Journalisten aus der Haft zu entlassen, denen außer kritischer Arbeit im Geiste der Pressefreiheit nichts vorzuwerfen ist.

Berlin, 22. November 2017